

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen



Gedenkmarsch am 1. November in Wien



Markus Sibrawa

V. l. n. r. Volkmar Harwanegg, Marina Hanke, Gerald Netzl, Jörg Neumayer, Michael Ludwig, Barbara Novak, Kathrin Gaál, Stefanie Lamp, Michael Kögl und Rihab Toumi.

Der Gedenkmarsch der Wiener Antifaschistinnen und Antifaschisten am 1. November ist seit Jahren ein wichtiger Fixpunkt unserer Gedenkarbeit. Auch heuer gedachte der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen gemeinsam mit der SPÖ Wien und den sozialdemokratischen Jugendorganisationen der Opfer des Kampfes gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Dem Aufruf folgten 300 TeilnehmerInnen, MandatarInnen und VertreterInnen der SPÖ, der Wiener SPÖ-Bildung, der Sozialdemokratischen Frauen, der Sozialistischen Jugend, der Jungen Generation und des VSSTÖ. 80 wehende rote Fahnen der Jugendorganisationen setzten einen farblich-politischen Akzent gegen das Novembergrau.

Der Marsch führte zunächst zum Grab von Rosa Jochmann, wo die langjährige Vorsitzende unseres Bundes geehrt wurde. Anschließend ging der Gedenkzug weiter zum Mahnmal der Stadt Wien für die Opfer für ein freies Österreich 1934-1945. Unser Bundesvorsitzender Gerald Netzl begrüßte die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer und erinnerte an den Jahreskalender 2025 unseres Bundes, in dem wir WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus porträtierten. Es gelte ständig neue Mitglieder für die FreiheitskämpferInnen zu gewinnen!

Am Mahnmal hielt Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál eine sehr persönliche Rede. Sie erinnerte an die im Vorjahr verstorbene Gin. Käthe Sasso – bald schon soll in ihrem Heimatbezirk Favoriten ein Wohnbau an Käthe

Sasso erinnern. Wiener Wohnen beauftragte das DÖW, die Vertreibung jüdischer MieterInnen aus dem Gemeindebau genau zu recherchieren. 2026 wird eine Publikation präsentiert, schon heuer fanden zahlreiche zeitgeschichtliche Rundgänge statt. Es brauche eine unmissverständliche Haltung gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus, so Gin. Gaál.

Bei der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Justiz und NS-Kindereuthanasie, der Gruppe 40, gedachte Gin. Stefanie Lamp, Bezirksvorsteherin in Ottakring, in ihrer Rede jener Menschen die für ihre Überzeugungen verurteilt und am Landesgericht hingerichtet wurden und an die vielen Kinder, die am Spiegelgrund Opfer von NS-Ärzten wurden. Das Otto Wagner-Areal wäre so schön – man könne sich die Schrecken und Verbrechen in der Nazizeit dort gar nicht vorstellen. Das dürfe in unserer Stadt nie wieder geschehen – dafür tragen wir Verantwortung!

Die Abschlussrede im Ehrenhain für die Februar- und die Spanienkämpfer hielt Gen. Michael Kögl, Bundesvorsitzender der Jungen Generation. Er erinnerte an die Februartkämpfe in St. Pölten, wo sich Gin. Maria Emhart hervorgetan hat und an die beiden standrechtlich Gehenkten Genossen Johann Hois und Viktor Rauchenberger. Es ist unser Auftrag, dass sich die Geschichte nicht wiederholt.

Der Gedenkmarsch endete wie jedes Jahr mit dem gemeinsamen Singen der „Internationale“.



Wir gedenken unserer Toten

Die Vorsitzenden der drei Opferverbände, v. l. Wolfgang Schwarz (ÖVP-Kameradschaft), Heimo Halbrainer (KZ-Verband) und Werner Anzenberger vor der Gedenktafel für die 33 WiderstandskämpferInnen, die unter der Guillotine ihr Leben lassen mussten



Sylvia Ippavitz

Die Gedenkveranstaltung in Graz fand traditionell im Beisein steirischer und slowenischer Landes- und StadtpolitikerInnen und der ARGE der Opferverbände in der Justizanstalt Jakomini sowie beim Internationalen Mahnmahl für Friede, Freiheit und Recht am Zentralfriedhof statt. Die Gedenkrede im ehemaligen Hinrichtungsraum hielt unser Landesvorsitzender Werner Anzenberger, am Friedhof sprach der Historiker und ehemalige Rektor der Grazer Universität Helmut Konrad.

Sophie Farmer



V. l. n. r.: Luis Schlager, Noah Gaderer (beide Rote Falken), Matteo Gebhart, GR Sebastian Lankes, LABg Bettina Brandauer, Bgm. Bernhard Auinger und BR Michael Wanner.

„Dem Gedenken der Opfer für Freiheit und Menschenwürde“. Beim Gedenken am Salzburger Kommunalfriedhof betonte Gen. Sebastian Lankes, wie wichtig es ist, die Lehren der Geschichte wachzuhalten – gerade in Zeiten, in denen Hass und Ausgrenzung wieder lauter werden. Gerade Kinder und Jugendliche wären sehr anfällig für Indoktrinierung und Populismus über Social Media.

Simon Sauterschnig



Gedenkveranstaltung der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Wiener Neustadt beim Mahnmahl Wöllersdorf mit EU-Abgeordnetem Günther Sidl. Wir geben nicht die Asche sondern das Feuer weiter. Wehret den Anfängen und niemals vergessen!

V. l. n. r.: Michaela Binder, Frauenvorsitzende der SPÖ im Bezirk Wr. Neustadt, Günther Sidl, Rainer Spenger, Vbgm. Wr. Neustadt, Gerlinde Sauterschnig, Bezirksvorsitzende der FK, und LR a. D. Traude Votruba.

Wie jedes Jahr gedachten die SPÖ Favoriten und die FreiheitskämpferInnen Favoriten der Opfer des Austro- und Nazifaschismus. Gedenkworte wurden von Gemeinderat Sascha Obrecht gehalten. Die Kranzniederlegung beim Mahnmahl am Reumannplatz fand am 31. Oktober 2025 statt.



Walter Haselbauer

V. l. n. r.: GR Sascha Obrecht, NR Petra Bayr und Volkmar Harwanegg.

ARGE Gedenken in Gmünd

80 Jahre nach der Auflösung des Gmünder Judenlagers, in dem insgesamt 485 Jüdinnen und Juden gestorben sind, legten Vertreter der drei NS-Opferverbände am 6. September 2025 je einen Kranz beim Denkmal in Gmünd und beim Denkmal neben dem Friedhof in České Velenice nieder und besuchten anschließend das „Haus der Gmünder Zeitgeschichte“. Die Opferverbände waren maßgeblich an der Errichtung des Denkmals im Jahr 1970 beteiligt. Heute kümmert sich die Gemeinde Gmünd vorbildlich um das Denkmal.

Historischer Hintergrund ist, dass am 22. Dezember 1944 ein Transport mit etwa 1.700 deportierten Juden aus Ungarn in Gmünd eintraf. Diejenigen, die die Fahrt überlebt hatten, wurden im Getreidespeicher hinter dem heutigen Finanzamt im Süden der Gemeinde untergebracht. Insgesamt 485 von ihnen starben. Sie wurden neben dem Friedhof im heutigen České Velenice in einem Massengrab verscharrt, alle übrigen Juden wurden am 16. Februar 1945 in ein Konzentrationslager weitertransportiert. Drei Juden wurden durch den Einsatz des Gmünder Arztes Arthur Lanc und seiner Frau Maria gerettet. Vor einigen Jahren wurde der neue Straßenzug zwischen Lagerstraße und Eichenallee nach Dr. Arthur Lanc benannt. Das Ehepaar Lanc wurde von der Gedenkstätte Yad Vashem mit der Ehrenmedaille der „Gerechten der Völker“ ausgezeichnet.

Wege des Friedens

Neben dem Denkmal steht eine Tafel eines „Friedensweg Waldviertel – Südböhmen“. Das ist einer von sechs Friedenswegen, die vom Waldviertler Verein „Weg des Friedens“ gemeinsam mit der südböhmischen Tourismusregion Novohradsko-Doudlebsko in der Grenzregion angelegt wurden. Die Friedenswege repräsentieren unterschiedliche Themen wie das Gedenken an die ehemalige jüdische Bevölkerung, die zwangsweise Aussiedelung der deutschsprachigen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg, der Eiserner Vorhang, die Menschenrechte, die Humanität und die „Gerechten unter den Völkern“. Vor allem geht es aber um Menschen, um ihre Lebensgeschichten und um ihr Schicksal. Kirchen, Kapellen und Rastplätze am Weg laden ebenfalls zum Innehalten ein. Die Friedenswege sind „Wanderungen und Radtouren mit Tiefgang“, eingebettet in eine wunderbare Landschaft. Eine Empfehlung für den nächsten Waldviertel-Urlaub oder –Ausflug!



Ulrike Garscha

Das Denkmal in Gmünd, v. l. n. r. Friedl Garscha, Raphael Altrichter (beide KZ-Verband), Norbert Kastelic (ÖVP-Kameradschaft) und Gerald Netzl (Sozialdemokratische FreiheitskämpferInnen).

Web-Tipps: www.wegdesfriedens.eu/friedenswege/
www.gmuend.at/de/Haus_der_Gmuender_Zeitgeschichte

Gerald Netzl ■

Gedenkfeier für Roma und Sinti in Lackenbach

Am 15. November 2025 fand die traditionelle Gedenkfeier in Lackenbach statt. Justizministerin Anna Sporrer sagte, man halte gemeinsam inne, „um zu erinnern und zu bezeugen, dass das Leid, das Roma und Sinti erfahren haben, nie vergessen werden darf und soll: Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Erinnerungsarbeit ist sehr wichtig. Unsere Verantwortung besteht darin, die Erinnerungsarbeit für zukünftige Generationen so zu gestalten, dass sich solche Taten nie mehr wieder wiederholen.“



VertreterInnen der Opferverbände beim Denkmal in Lackenbach am 14. November 2025, v. l. n. r. Friedl Garscha (KZ-Verband), Landesvorsitzende der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Burgenland Gabi Tremmel-Yakali und Clemens Hornich (ÖVP-Kameradschaft).



Gedenken in Gramatneusiedl



Das Denkmal am Friedhof von Gramatneusiedl, v. l. n. r. Andreas Kranebitter (DÖW), Christine Steger (KZ-Verband), Bürgermeister Thomas Schwab, Gerald Netzl und Gerhard Kastelic (ÖVP-Kameradschaft).

Am 26. September 2025 fand im Gemeindezentrum Gramatneusiedl die offizielle Präsentation einer Gedenktafel für fünf Gramatneusiedler Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime statt. Zu den etwa hundert BesucherInnen sprachen Bürgermeister Gen. Thomas Schwab, Andreas Kranebitter, wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands, und die Bundesvorsitzende des KZ-Verbands Christine Steger als Vertreterin aller drei Opferverbände.

Am Friedhof von Gramatneusiedl befindet sich ein Ehrengrab für fünf Männer: Johann Kníže, Albert Seifert, Felix Kolář, Leopold Hadaček und Josef Kníže. Fünf Söhne dieser niederösterreichischen Gemeinde, die 1944 von den Henkern des Naziregimes wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt und enthauptet wurden. Ihr „Verbrechen“: Sie hatten sich dem Widerstand gegen den Terror verschrieben. Bereits am 1. Juli 1946 wurde das Denkmal als eines der ersten in Niederösterreich eingeweiht. 2025 wurde es aus Anlass 80 Jahre Befreiung vom NS-Regime saniert, neu ist eine Tafel, die das Leben und Engagement der Antifaschisten erläutert.

Die früheren Sozialdemokraten und späteren Kommunisten trafen sich ab und zu, sammelten Geld für die Rote Hilfe, um Bedürftige zu unterstützen und bewahrten verbotene Literatur auf. Solidarität und der Mut, nicht zu schweigen – das genügt den Blutrüchtern, um die grausamen Todesurteile zu fällen.

„Das Ehrengrab war unscheinbar geworden, einzelne Bilder waren zerkratzt und beschädigt. Viele wussten gar nicht mehr, dass hier Widerstandskämpfer gegen den Naziterror ruhen“, erklärte Gen. Schwab in seiner Ansprache die Motivation für die Aufstellung der Tafel. „Gerade in der heutigen Zeit, ist ‚Niemals wieder‘ wichtiger und aktueller denn je. Wenn rechte Übergriffe zunehmen, wenn Identitäre durch Wien marschieren und wenn ein Parlamentarier im Hohen Haus den NS-Jargon ‚Umvolkung‘ verwendet, dann dürfen wir nicht schweigen. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen.“

Sämtliche für den Prozess Verantwortliche wurden im Nachkriegsösterreich für ihre Rollen in der Nazi-Justiz nicht belangt. Sie konnten weiter ungestraft ihren Tätigkeiten nachgehen.

Mit der Enthüllung der Tafel hat Gramatneusiedl nicht nur seiner Geschichte ein würdiges Denkmal gegeben. Die Gemeinde hat auch eine Botschaft in die Gegenwart gesandt. Dass das Erinnern lebt und dass es die Verantwortung aller ist, das Schweigen niemals siegen zu lassen.

Vor der Präsentation im Gemeindezentrum legten Bürgermeister Thomas Schwab und die VertreterInnen der Opferverbände in Anwesenheit aller Gemeinderatsfraktionen - SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne - beim Denkmal am Friedhof einen Kranz nieder. Ein seltenes Bild der Einigkeit in einer Zeit, in der das „Niemals wieder“ aktueller ist denn je.

Gerald Netzl ■



Die Erläuterungstafel neben dem Denkmal am Friedhof von Gramatneusiedl erläutert das Leben und Engagement der fünf Antifaschisten.

Schaltstelle des Terrors

Gerald Netzl



Die neue Ausstellung „Schaltstelle des Terrors“ in der AK Wien wurde am 29. September 2025 eröffnet.

Wo heute das Hauptgebäude der Arbeiterkammer Wien steht befand sich in der NS-Zeit einer der wichtigsten Orte der Beraubung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung unserer Stadt: Die von Adolf Eichmann geschaffene sog. Zentralstelle für jüdische Auswanderung. Der historische Ort Prinz-Eugen-Straße 20–22 war von 1938 bis 1943 eines der Zentren des NS-Terrors in Wien, das Palais wurde der Bankiersfamilie Rothschild geraubt („Arisierung“...). Von hier aus wurden Verbrechen zentral geplant und koordiniert. Folglich fiel die Entscheidung der Ausstellungsmacher Sophie Lillie und Arye Wachsmuth, die Installation „Schaltstelle des Terrors“ nicht als Gedenkort für die Opfer des Nationalsozialismus zu gestalten, sondern als Täterort, der Tat und TäterInnen klar benennt. Mit Respekt vor den Opfern richten sie den Blick auf jene Männer und Frauen, die Verbrechen ausführten und persönlichen Profit aus dem Untergang der jüdischen Bevölkerung zogen. Die TäterInnen werden ihrer Anonymität entrissen - aber nicht vermenschlicht. 1954 wurde das Palais Rothschild abgerissen und der nüchternfunktionale Neubau der AK errichtet. Nur durch den Fokus auf die individuelle Verantwortung kann es gelingen, Täterschaft als Ergebnis konkreter Handlungen und Entscheidungen realer Personen zu begreifen. Im Zentrum der Installation finden sich dreißig biografische Abrisse, die den beruflichen Werdegang einzelner MitarbeiterInnen der Zentralstelle darstellen und die Stationen ihrer Karriere abbilden. Eine größere, auf rund sechzig Kurzbiografien erweiterte Auswahl steht online zur Verfügung und gibt erstmals einen detaillierten Überblick über das Personal der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien. Ein wichtiges Anliegen ist dabei die Abbildung nicht nur männlicher, sondern weiblicher Mitarbeiterinnen der Zentralstelle.

Die Shoa war kein Ergebnis anonymen Handelns. Sie wurde ausgeführt von bereitwilligen Unterstüt-

zerInnen des Nationalsozialismus, von Männern und Frauen, die sich ohne Skrupel über die Regeln des persönlichen Anstands und der Rechtsstaatlichkeit setzten. Der Terror fand im Zentrum der Stadt, vor aller Augen statt. Die MitarbeiterInnen der Zentralstelle waren nicht „ominöse“ Nazis, sondern tatsächlich lebende Männer und Frauen mit Namen und Anschrift. Sie stellten sich in den Dienst eines Terrorregimes, sie besorgten die Entrechtung, Enteignung, Erniedrigung, Vertreibung und letztlich Ermordung ihrer NachbarInnen. Und sie stahlen sich vielfach nach 1945 aus der Verantwortung, so wie sich auch der österreichische Staat seiner Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus weitgehend entzog.

Der Gestaltung des 70 m² großen Erinnerungsortes ging eine aufwändige historische Forschung durch die AusstellungsmacherInnen voraus. Über 40.000 Seiten Dokumente wurden ausgewertet. Die Ausstellung kann während der Öffnungszeiten gratis besucht werden. Sie hat allerdings ein großes Defizit: Der Geschichte des Ortes geschuldet behandelt sie ausschließlich die Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung. Ausschließlich. D. h. es wird NICHT über die Gesamtheit der Nazi-Verbrechen

informiert. Rudi Gelbard, langjähriges Mitglied unseres Bundesvorstands, selbst als Kind nach Theresienstadt deportiert, sprach in seinen Referaten von den 21 (!) zumindest verschiedenen Verbrechen des Nationalsozialismus. Was bleibt bei den BesucherInnen der Ausstellung hängen? Nationalsozialismus = Judenmord. Ausschließlich...

Web-Tipp: www.schaltstelle-des-terrors.at

Gerald Netzl auf Basis der Presseunterlage der AK ■



Gerald Netzl

Erläuterungstafeln zu verschiedenen zeitgeschichtlichen Stichworten in der Ausstellung „Schaltstelle des Terrors“.



Wir erinnern uns an Werner Pikalo

Unser langjähriges Bundesvorstandsmitglied aus Kärnten, Werner Pikalo, verließ uns nach einem kurzen, schweren Leiden im Alter von 85 Jahren. Werner Pikalo wurde 1940 in Solbad Hall in Tirol geboren und kam bereits als Kleinkind gemeinsam mit seiner Mutter nach Hohenstein in Kärnten. Er wuchs in Arnoldstein bei seiner Großmutter auf und bewarb sich 19-jährig für die Polizeischule in Wien, die er erfolgreich absolvierte und danach in den Kriminaldienst eintrat. Seine ersten Dienstjahre absolvierte er in der Leopoldstadt in Wien und sammelte dort wertvolle Erfahrungen. Sein starkes Bildungsbedürfnis veranlasste ihn zur weiteren Ausbildung und Versetzung zur Wirtschaftspolizei. 1976 verbrachte er einen einjährigen Auslandsdienst beim Austrian Contingent der UN-Sicherheitskräfte auf Zypern, bevor er wieder in der Sicherheitsdirektion in Klagenfurt seinen Dienst aufnahm. Dort galt er u. a. als pflichtbewusster Mitarbeiter für die Beobachtung und den Einsatz gegen Rechtsradikalismus. In zwei Ehen wurde er Vater von vier Kindern.

Nach etlichen Funktionen als Personalvertreter und Gewerkschafter während seines Berufslebens vertrat Werner in seinem Ruhestand die Kärntner sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen im Bundesvorstand und engagierte sich intensiv für gedenkkulturelle Anliegen der NS-Opfer zwischen Widerstand und Verfolgung im Bundesland Kärnten. Das Entstehen der Gedenkplattform Memorial Kärnten-Koroška im Jahre 2000 und deren kontinuierliche Entwicklung zu einer bestimmenden Kraft in Menschenrechtsfragen ist auch den fortwährenden Bemühungen Werner Pikalos zuzuschreiben. Die Plattform wendet sich gegen das Wiederaufleben von Faschismus, Rassismus und Antisemitismus im Bundesland Kärnten. Die Vielfalt von Werners „Ruhestandsaktivitäten“ war überwältigend: Gewerkschafter, Memorial Kärnten-Koroška-Mitbegründer, Vorstandsmitglied bei den FreiheitskämpferInnen in Wien und Kärnten, Vorstandsmitglied SPÖ Annabichl zeugen von unermüdlichem politischem Interesse. Werner war aber auch Mitglied und Aktivist im DÖW, der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft, der Österreichischen Freunde von Yad Vashem sowie im KZ-Verband Österreich.

Bei der Wirtschaftspolizei in Wien lernte er als Vorgesetzten Alexander Fürst kennen, der als Jude 37 Angehörige seiner Familie in Auschwitz verloren hatte, darunter seine Mutter. Zwischen ihm und Werner entwickelte sich eine tiefe Freundschaft, die lebenslang anhielt und zwischen den Familien gepflegt wurde. Auch zu zahlreichen anderen Aktivisten unseres Bundes unterhielt der Verstorbene bis zuletzt Kontakte und pflegte den Meinungsaustausch.

Für sein Engagement für gedenkkulturelle Anliegen der NS-Opfer erhielt Werner Pikalo das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik verliehen. Die für ihn berührendste Auszeichnung war jedoch die Otto-Bauer-Plakette, überreicht von seinem Freund LH Peter Kaiser vor sieben Jahren.



privat

Der nun zu Ende gegangene Lebensweg Werner Pikalos lässt sich am besten mit dem folgenden Zitat aus einem veröffentlichten biografischen Essay mit seinen eigenen Worten so zusammenfassen: „Ich glaube an die Menschen in Kärnten und Österreich, dass sie schwierige Situationen meistern und die Demokratie verteidigen werden. Für Rechtsextremismus, Antisemitismus, Faschismus in jeder Form und Fremdenhass ist kein Platz in unserem Staat. Dies sind wir uns selbst und unseren Kindern schuldig.“ (Erzähl mal; ÖGB-Verlag; S. 80)

Vinzenz Jobst ■

Mahnmal Niemals vergessen

Vor vierzig Jahren, am 1. November 1985, wurde am Morzinplatz in Wien ein wichtiges Mahnmal errichtet. Es erinnert an die Zentrale der Gestapo im ehemaligen Hotel Métropole (oft auch „Metropol“). Das Denkmal ist aus Granit und steht an der nördlichen Ecke der Grünfläche am Morzinplatz. Der oberste Block trägt die Aufschrift „Niemals vergessen“, flankiert von einem roten Winkel (für politische

„Schutzhäftlinge“) und übereinander gelegten gelben Winkel (den Juden und Jüdinnen sowohl in der Öffentlichkeit als auch innerhalb der Konzentrationslager tragen mussten). Stifter des Denkmals war die Stadt Wien, gestaltet wurde es, wie so viele andere Opferzeichen, von Leopold Grausam jun. Die Enthüllung nahmen Bürgermeister Helmut Zilk und Rosa Jochmann vor.

Gerald Nerz



Das Mahnmal am Wiener Morzinplatz wurde vor vierzig Jahren eingeweiht.

Ein starkes Zeichen der Erinnerung: Mauthausen-Außenlager-Stele in Guntramsdorf feierlich enthüllt

Mit einer bewegenden Gedenkfeier wurde am Samstag, 18. Oktober 2025, in Guntramsdorf unter Beisein zahlreicher VertreterInnen staatlicher und privater Institutionen eine offizielle Mauthausen-Außenlager-Stele enthüllt.

Die Außenlager-Stele

Vertreter des Bundesministeriums für Inneres, der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, der Marktgemeinde Guntramsdorf, der Botschaften Polens und Luxemburgs, der nö. Wirtschaftsagentur ecoplus gedachten gemeinsam mit überlebenden NS-Opfern und Nachfahren ehemaliger KZ-Häftlinge sowie über 100 weiteren TeilnehmerInnen, der dort inhaftierten und ermordeten Opfer des Nationalsozialismus.

Im heutigen Industriezentrum NÖ/Süd bestand, neben einem riesigen Zwangsarbeiterlager, von 1943-1945 ein großes Außenlager des KZ Mauthausen. In diesem wurden über 3.100 KZ-Häftlinge der „Flugmotorenwerke Ostmark Wiener Neudorf“ ausgebeutet. Zur Verbesserung der Sichtbarkeit und zur Erinnerung an dieses Lager, seine Opfer und an die vielen anderen Außenlager von Mauthausen wurde nun, 80 Jahre nach Kriegsende, eine künstlerisch gestaltete Stele errichtet und feierlich enthüllt.

Dabei handelt es sich um ein österreichweites Projekt, mit dem die Republik Österreich und die KZ-Gedenkstätte Mauthausen gemeinsam mit den heutigen Grundstückseigentümern und lokalen Gedenkinitiativen alle ehemaligen Außenlager des Konzentrationslagers Mauthausen einheitlich kennzeichnen. Die in Guntramsdorf errichtete Stele ist die sechste ihrer Art. Weitere Stelen sollten bei den über 40 Außenlagern des KZ-Mauthausen in ganz Österreich folgen. Die Stelen machen die Orte des NS-Terrors sichtbar und zeigen zugleich die Richtungen und Entfernungen zwischen den einstigen Lagern in ganz Österreich.

Zwei Jubiläen

Gleichzeitig wurden zwei besondere Jubiläen gefeiert: 30 Jahre KZ-Gedenkstätte Neu-Guntramsdorf und 20 Jahre KZ-Gedenkverein Guntramsdorf / Wiener Neudorf. Beide stehen für langjähriges Engagement in der Gedenkarbeit, für die Betreuung ehemaliger KZ-Opfer und ihrer Familien sowie für wissenschaftliche Aufarbeitung und Bildungsarbeit.

Jürgen Gangoly, Vorsitzender des KZ-Gedenkvereins Guntramsdorf / Wiener Neudorf, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, dass bereits über 15.000 SchülerInnen und andere Interessierte das Grundstück und die Gedenkstätte des ehemaligen KZ Wiener Neudorf im heutigen Neu-Guntramsdorf besucht und an Führungen, Exkursionen und Veranstaltungen des Gedenkvereins teilgenommen haben. Guntramsdorfs SPÖ-Bürgermeister Robert Weber: „Mit der Enthüllung der offiziellen Mauthausen-Außenlager-Stele setzen wir heute ein starkes, sichtbares Zeichen. Sie macht deutlich, dass hier in Guntramsdorf ein Außenlager des KZ Mauthausen stand, dass hier Menschen gequält, entrechtet und zur Zwangsarbeit gezwungen wurden. Die Stele mahnt uns und kommende Generationen: Niemals wieder!“

Besonders berührend waren die Worte von Armelle Querbouet, von der Organisation „Amicale de Mauthausen“, die aus Frankreich anreiste. Ihr Vater, Pierre Querbouet, war 1944–1945 im Außenlager Guntramsdorf / Wiener Neudorf inhaftiert. Nach dem sogenannten Todesmarsch zurück nach Mauthausen überlebte er die Befreiung des KZ im Mai 1945 nur wenige Tage. Er starb vollkommen entkräftet noch in Oberösterreich, ohne seine Familie und Heimat jemals wiederzusehen.



Charlie Steiner

Gedenkfeier am 18. Oktober 2025 in Guntramsdorf, v. l. n. r.: Helmut Miernicki, Mathias Vogl, Barbara Glück, Jürgen Gangoly und Robert Weber.

Die Außenlager-Stele ist eine vier Meter hohe Säule, bestehend aus 39 dreiseitigen Betonprismen. Auf ihnen sind die Namen, Richtungen und Entfernungen sämtlicher Außenlager sowie des Stammlagers Mauthausen eingeprägt. Die Grundform – das Dreieck – erinnert an den sogenannten „Häftlingswinkel“, ein Stoffabzeichen auf der Kleidung der KZ-Häftlinge, das deren Verfolgungsgrund und Herkunftsland kennzeichnete. Das Mauthausen-Prisma ist rot gefärbt, der Aufstellungsort Guntramsdorf in Großbuchstaben hervorgehoben. Die Errichtung wurde von der Kulturabteilung des Landes Niederösterreich unterstützt.

Folgende VertreterInnen der Republik Österreich und der Projektpartner sprachen zur Errichtung der Stele: Sektionschef Dr. Mathias Vogl, in Vertretung von Innenminister Gerhard Karner und in seiner Funktion als Vorsitzender des Kuratoriums der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Bürgermeister Robert Weber, Barbara Glück, Direktorin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Helmut Miernicki, Geschäftsführer nö. Wirtschaftsagentur ecoplus, Armelle Querbouet, „Amicale de Mauthausen“ (F) und Jürgen Gangoly, Vorsitzender des KZ-Gedenkvereins und Vorstandsmitglied Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ). Die Veranstaltung wurde von der Saxophonistin Barbara Paierl musikalisch begleitet und mit der Europahymne „Ode an die Freude“ feierlich abgeschlossen.

Paul Gangoly ■



Es war einmal..., der „Rote Riese“

Als im April 1995 das Ausgleichsverfahren über den Konsum eröffnet wird, reagiert die bürgerliche Presse des Landes mit Häm. Mit einem Schuldenberg von 26 Milliarden Schilling (knapp zwei Milliarden Euro) ist der Konsum-Ausgleich die bislang größte Pleite der Nachkriegsgeschichte. Für die österreichische Arbeiterbewegung endet eine beinahe 150-jährige Erfolgsgeschichte. Und für 17.000 MitarbeiterInnen geht eine Welt unter.

Selbsthilfe

1856 gründen Textilarbeiter im niederösterreichischen Teesdorf (Baden) den ersten österreichischen Konsumverein; 1864 folgt der „Erste Niederösterreichische Arbeiter-Consumverein“ im heutigen 15. Bezirk in Wien. Vorbild sind Selbsthilfeorganisationen der ArbeiterInnen, wie sie ab der Mitte des 19. Jahrhunderts, ausgehend von England, überall in Europa entstehen. Die Idee ist so einfach wie bestechend. Durch den gemeinsamen Großeinkauf von Waren können die ArbeiterInnen ihre Lebenshaltungskosten entscheidend verbilligen.

1873 existieren in der österreichischen Reichshälfte bereits 540 Konsumvereine, die meisten allerdings mehr schlecht als recht, denn sie sind klein und finanzschwach. Der Einzelhandel übt zudem Druck auf Unternehmer und Großhändler aus, nicht an die lästige Konkurrenz zu liefern. Die Konsumgenossenschaften sind zu diesem Zeitpunkt noch kein Instrument der Sozialdemokratie. Das ändert sich erst, als die Arbeiterbildungs- und Gewerkschaftsvereine in den Konsumgenossenschaften ein Instrument zur Verbesserung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung erblicken. Besonders Victor Adler macht sich innerhalb der jungen Partei zu ihrem Fürsprecher.

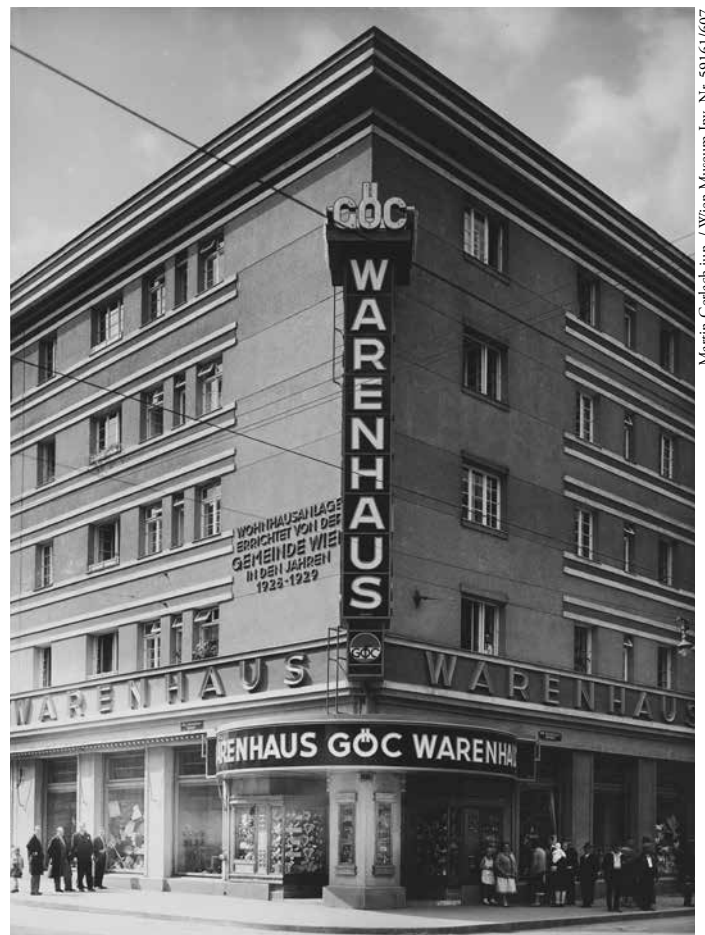
Im September 1905 wird schließlich die „Großeinkaufsgesellschaft für österreichische Consumvereine“ (GöC) gegründet. Ziel ist es, die Konsumvereine, die seit dem Parteitag 1903 als „dritte Säule der Sozialdemokratie“ anerkannt sind, sowohl logistisch als auch finanziell zu unterstützen. Direktor der GöC ist der umtriebige Benno Karpeles, Funktionär des Konsumvereins „Vorwärts“, in dem eben erst eine Reihe kapitalschwacher Wiener Konsumvereine in einer Rettungsaktion zusammengeschlossen worden waren.

Arbeiterfrauen, Arbeiterinnen! Tretet ein für euer Hammerbrot!

Mit der Gründung der GöC steigen die Konsumgenossenschaften in den Großhandel und die Eigenproduktion ein. Der Konsument soll „sein eigener Kaufmann und sein eigener Fabrikant“ werden. Ein erster Schritt dazu ist die Gründung einer Brotfabrik - ist Brot doch das Hauptnahrungsmittel der Arbeiterschaft. Allerdings verhindern die „kapitalistischen Brotspekulanten“ und die Christlichsozialen die Gründung einer Fabrik in Wien, weshalb die Hammerbrotwerke 1911 in Schwechat errichtet werden. Es ist eine Anlage der Superlative - modern, hygienisch und menschenfreundlich, in deren 70 Meter langer Ofenhalle in drei Schichten täglich 50.000 Laibe Brot erzeugt werden können. Durch die langen Transportwege bleiben die Hammerbrotwerke allerdings unrentabel. Die Sanierung ist Karl Renner zu verdanken, der 1912 mit Hilfe von Gewerkschaftsgeldern den Zusammenbruch des GöC-Imperiums verhindert. Ausgerechnet der Erste Weltkrieg katapultiert die GöC und ihre Betriebe durch die massenhafte Produktion von Militär-Zwieback und andere Aufträge wieder in die schwarzen Zahlen.

Ein Wirtschaftsimperium

1920 vereinigen sich mehrere Wiener Arbeiterkonsumvereine zur „Konsumgenossenschaft Wien“ (K.G.W.), die über 167.000 Mitglieder zählt und mehr als 1.000 Personen beschäftigt. Die K.G.W. besitzt eine Reihe von Eigenbetrieben - Molkerei, Bäckerei, Weinkeller, Kaffeerösterei, ja sogar eine Schuhfabrik - weiters 163 Konsumfilialen, zwei Schanklokale



GöC-Warenhaus im Zürcher Hof in Favoriten, Laxenburger Straße 49-57 (um 1930).

sowie einen großen Wagenpark mit Pferden und Lastautos. 1930 sind von den rund 200 Lebensmittelgeschäften in den Wiener Gemeindebauten über 60 Filialen der Konsumgenossenschaft.

Alle zentralen wirtschaftlichen Funktionen der Konsumgenossenschaften sind weiterhin in der GöC gebündelt, die bald zur wichtigsten Großhandelsorganisation des Landes avanciert. 1930 befinden sich rund 20 Warenhäuser in ihrem Eigentum, darunter auch jenes der „Stafa“, der „Staatsangestellten-Fürsorgeanstalt“ auf der Mariahilfer Straße. Nach der Ausschaltung der Sozialdemokratie im Februar 1934 wird die GöC unter kommissarische Verwaltung gestellt und 1941 ins „Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront“ (GW) eingegliedert.

1945 nimmt die GöC ihre Geschäfte wieder auf. 1978 werden die Regionalgenossenschaften und mit ihr auch die GöC von der K.G.W. übernommen und zum „Konsum Österreich“ vereinigt. Zu diesem Zeitpunkt gibt es in fast jedem Gemeindebau eine Konsumfiliale, zum Konzern gehören außerdem Drogerien, Bäckereien, Fleischfabriken sowie mehrere Traditionskaufhäuser. Bis der „Rote Riese“ zu Beginn der 1980-er Jahre in die roten Zahlen gerät.

Werner T. Bauer und Lilli Bauer ■

Rechtsextreme Straftaten erneut massiv gestiegen – SPÖ stellt Rechtsextremismus Stoppschild auf

Das eine Rezept gegen Rechtsextremismus gibt es nicht, eine grundlegende Zutat für eine effektive Strategie ist aber eine umfassende, aktuelle und möglichst genaue Datenlage zur rechtsextremen Szene. Um zu dieser Datenlage beizutragen und zeitnah Entwicklungen ablesen zu können, stellt die SPÖ-Abgeordnete Sabine Schatz seit 2018 halbjährlich parlamentarische Anfragen zur Zahl rechtsextremer Straftaten. Die Ergebnisse der aktuellen Anfragebeantwortung sind einmal mehr alarmierend.

Rechtsextreme Straftaten im ersten Halbjahr 2025

Das Jahr 2015 ist vielen in Erinnerung als das Jahr der Solidarität mit Geflüchteten. Es markiert aber auch jenes Jahr, in dem rechtsextreme, rassistische Straftaten einen massiven Anstieg erlebten. Seither sind die Zahlen kaum wieder gesunken, vielmehr zeigt sich die Tendenz zum Steigen.

Bereits 2024 befand sich die Zahl rechtsextremer Straftaten auf einem neuen traurigen Rekordhoch. Im ersten Halbjahr 2025 sind sie noch einmal massiv weiter angestiegen. Bis Ende Juni 2025 wurden bereits 787 rechtsextrem motivierte Straftaten registriert und damit um 41,5 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2024, wo es 556 waren. Auffallend ist, dass es sich bei 91 Prozent der Täter, die bekannt waren, um Männer handelt. Bei mehr als 300 Tathandlungen ist der Täter*in nicht bekannt. 27 Prozent der rechtsextremen Straftaten finden laut Anfragebeantwortung im Internet statt (212). Im Bundesländervergleich liegt Wien an der Spitze (236), gefolgt von Oberösterreich (171) und Niederösterreich (103).

Dramatisch ist auch, dass die Anzeigen nach dem Verbotsgesetz stark angestiegen sind. Im ersten Halbjahr des Jahres 2019 waren es 373 Anzeigen nach dem Verbotsgesetz, im ersten Halbjahr 2025 waren es 785. Das entspricht einem Anstieg um mehr als 110 Prozent. Die aktuellen Zahlen unterstreichen

einmal mehr die besorgniserregende Entwicklung der letzten Jahre. Das Problem des steigenden Rechtsextremismus ist real - online und auf der Straße. Beachtet werden muss auch, dass vor allem junge Menschen immer öfter Zielgruppe rechtsextremer Agitation sind.

Rechtsextreme Ideologien und Gewaltbereitschaft

Abseits rechtsextremer Straftaten sind rechtsextreme Ideologien auch in der Bevölkerung weit verbreitet, wie etwa der Rechtsextremismus-Barometer des DÖW für das Vorjahr zeigte. Die repräsentative Erhebung untersuchte, welche Verbreitung autoritäre, rassistische, antisemitische und verwandte Einstellungen in Österreich aufweisen. Jeweils etwa die Hälfte der Befragten glaubt, von „den Medien“ systematisch belogen zu werden und dass die österreichische Bevölkerung langfristig durch zugewanderte Personen ersetzt werde. 38 Prozent wollen nicht neben Rom*nja und Sinti*zze wohnen.

Weiters zeigte die Umfrage, dass etwa zehn Prozent der Bevölkerung ausgeprägte rechtsextreme Einstellungen aufweisen - also sich z.B. positiv auf „Antiegalitarismus“, auf ein „Volksgemeinschaftsdenken“ und „Autoritarismus“ beziehen. Diese zehn Prozent der Bevölkerung weisen in der Befragung auch eine deutlich höhere Bereitschaft auf, politischen Unmut durch Bewaffnung, durch gewaltsame Demonstration oder auf durch physische Angriffe auf Politiker*innen auszudrücken (DÖW 2024). Die Gewaltbereitschaft erklärt auch, wie es zu den massiven Zahlen an rechtsextremen Straftaten kommt. Das DÖW hat angekündigt, den Rechtsextremismus-Barometer alle zwei Jahre zu wiederholen - eine Entscheidung, die begrüßenswert ist, um gefährliche Entwicklungen im Bewusstsein und bei den Einstellungen der Bevölkerung rasch erkennen zu können.

Die Ergebnisse der Studie zeigen aber auch eines: auch, wenn rassistische Narrative stark präsent sind,

so ist die Mehrheit der Menschen in der Umfrage grundsätzlich demokratisch gesinnt. Damit es so bleibt, braucht es ein entschlossenes Vorgehen.

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

Die SPÖ hat durchgesetzt, dass im Regierungsprogramm die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus verankert ist. Das ist wichtig, weil es umfassende und aufeinander abgestimmte Maßnahmen braucht, um Rechtsextremismus entgegenzutreten. Nur mit einem umfassenden

Maßnahmenpaket, das Präventionsprogramme in Schulen und Jugendeinrichtungen, eine verstärkte Unterstützung für Opfer und Strategien zur Bekämpfung von Hass im Netz sowie ein Aussteigerprogramm bereithält, können wir die Ausbreitung rechtsextremer Ideologien und die daraus motivierten Straftaten stoppen. Derzeit wird intensiv daran gearbeitet, dass dieser Aktionsplan rasch kommt. Denn die Zahl rechtsextremer Straftaten zeigt: der Nationale Aktionsplan gegen Rechtsextremismus ist wichtiger als wir uns wünschen würden.



Sabine Schatz

Eine zuverlässige Antifaschistin im Parlament: Unsere Abgeordnete Gin. Sabine Schatz.



Unsterbliche Opfer

Im „Kämpfer“ 3/2022 brachten wir die 95 Namen aller 1942 in Wien aus politischen Gründen Hingerichteten, in 3/2023 die 239 Namen der Frauen und Männer, die 1943 geköpft wurden, in 2/2024 die 179 Opfer von 1944, in 3/2025 die 22 Hingerichteten von 1945. Die überwiegende Mehrzahl wurde wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt.

Heimo Halbrainer, der 2014 das Buch „Sei nicht böse, dass ich im Kerker sterben muss. Die Opfer der NS-Justiz in Graz 1938 bis 1945. Ein Gedenkbuch“ herausgegeben hat, hat uns dankenswerter Weise die Namen der 106 Frauen und Männer, die 1943-1945 im Keller des Grazer Landesgerichts hingerichtet wurden, übermittelt. Wir werden Sie niemals vergessen!



Josef Bauer, 28.1.1903-2.2.1945
 Karl Baumann, 6.1.1910-17.12.1943
 Franz Bayr, 12.3.1912-4.7.1944
 Gabriel Bezjak, 4.1.1922-21.4.1944
 Johann Brandl, 28.12.1892-11.12.1943
 Josef Brantner, 2.1.1905-23.9.1943
 Heinrich Brunner, 26.4.1915-23.12.1944
 Hildegard Burger, 6.11.1905-23.9.1943
 Wilhelm Burtscher, 27.10.1922-8.12.1944
 Valentin Clementin, 6.12.1911-23.12.1944
 August Degold, 30.7.1902-23.12.1944
 Franz Deutschmann, 20.10.1906-20.8.1943
 Franz Dollnig, 21.7.1923-12.5.1944
 Andreas Draxler, 10.10.1900-13.9.1943
 Rosa Eberhard, 25.3.1910-23.12.1944
 Anton Finster, 8.1.1908-23.9.1943
 Josef Fon, 16.4.1912-12.11.1944
 Felix Forstnig, 15.1.1902-23.12.1944
 Johann Freitag, 12.5.1888-12.5.1944
 Peter Fussi, 30.1.1913-2.2.1945
 Peter Gaber, 19.4.1895-12.5.1944
 Johann Gans, 15.11.1914-8.8.1944
 Franz Grill, 26.1.1923-4.7.1944
 Josef Hainzl, 25.8.1893-27.8.1943
 Karl Havlu, 5.5.1911-4.1.1945
 Lorenz Hofer, 10.08.1915-20.10.1943
 Johann Jahn, 10.6.1898-23.9.1943
 Josef Jansch, 21.3.1921-12.5.1944
 Milan Jelić, 19.11.1910-23.12.1944



Margarete Jesernigg, 10.5.1907-23.12.1944
Irma Käfer, 27.2.1904-12.1.1945
Markus Käfer, 21.4.1889-12.1.1945
Josefa Kampl, 14.3.1915-12.1.1945
Franz Keller, 1.3.1895-20.11.1944
Janez Klančnik, 2.5.1920-12.1.1945
Alois Kopp, 27.5.1898-25.5.1944
Leopold Kosmač, 15.11.1919-4.7.1944
Klara Krall, 12.6.1889-11.12.1943
Ludwig Krall, 23.8.1888-20.11.1943
August Kratzwohl, 21.8.1899-23.12.1944
Hubert Krenn, 30.10.1903-23.12.1944
Albin Kreutz, 18.2.1918-13.3.1945
Josef Kröll, 3.7.1903-13.3.1945
Rudolf Kröpfl, 9.3.1908-17.12.1943
Anna Leitner, 26.3.1913-4.1.1945
Martin Lorenz, 6.5.1918-8.12.1944
Franz Maduschek, 11.2.1921-15.8.1944
Johann Markitsch, 30.8.1921-12.5.1944
Terezija Mičej, 25.9.1922-12.1.1945
Terezija Mičej, 2.9.1882-12.1.1945
Franz Mitterer, 2.10.1905-4.1.1945
Josef Motschnik, 20.2.1903-7.10.1943
Ernest Napast, 31.1.1914-12.1.1945
Karl Narath, 22.9.1906-23.9.1943
Franc Pen, 8.10.1924-12.5.1944
Eduard Pertl, 1.1.1899-13.9.1943
Maria Peskoller, 5.12.1902-23.12.1944
Johann Pichler, 3.1.1913-4.7.1944
Willibald Piffrader, 3.7.1891-13.3.1945
Friedrich Pittinger, 28.6.1900-21.4.1944
Jakob Pletz, 10.7.1896-23.12.1944
Lorenz Poketz, 5.8.1893-13.9.1943
Franz Politzer, 5.10.1887-10.1.1944
Erich Ranacher, 18.2.1923-23.12.1944
Johann Ranftl, 20.6.1898-10.1.1944
Josef Rassi, 9.10.1908-17.12.1943
Bruno Rauch, 23.8.1913-4.1.1945
Emmerich Reich, 31.8.1915-21.4.1944
Josef Ribič, 5.4.1908-23.12.1944
Jožef Ročičjak, 22.3.1884-12.1.1945
Elizabeta Ročičjak, 10.7.1911-12.1.1945
Heinrich Rosmann, 1.11.1913-11.12.1943
Paul Sammer, 4.11.1903-22.9.1943
Stefan Schabiner, 26.12.1909-12.5.1944
Friedrich Schenk, 17.7.1916-2.2.1944
Johann Schleich, 5.8.1919-4.1.1945
Johann Schmidt, 26.2.1901-4.1.1945
Stanislaus Schnidaritsch, 27.10.1922-2.2.1945
Johann Schöckl, 17.2.1910-11.12.1943
Anton Zolnir, 12.6.1911-13.3.1945
Johann Sekeresch, 27.12.1907-10.11.1943
Helene Serfecz, 16.4.1886-13.9.1943
Albin Škodnik, 26.2.1910-12.11.1944
Wilhelm Stany, 28.8.1909-10.1.1944
Johann Stelzer, 23.12.1890-13.9.1943
Josef Stetter, 29.1.1909-23.12.1944
Johann Strasser, 24.8.1900-13.9.1943
Viktor Strauch, 6.1.1889-13.3.1945
Maria Strauch, 17.12.1895-13.3.1945
Franz Strohmeier, 5.10.1901-13.9.1943
Johann Tempfer, 2.5.1910-8.12.1944
Johann Theissl, 17.10.1903-12.5.1944
Alois Töglhofer, 2.5.1923-2.2.1944
Walter Tollinger, 1.4.1901-8.12.1944
Paul Trabesinger, 10.1.1900-8.12.1944
Josef Treboutz, 10.3.1903-8.12.1944
Karl Tschusch, 26.8.1916-13.3.1945
Josef Tuller, 10.3.1906-11.12.1943
Alois Urch, 10.6.1905-17.12.1943
Karl Urnauth, 8.11.1919-4.7.1944
Hans Wrabl, 17.1.1914-12.1.1945
Franz Wegscheider, 7.3.1903-20.10.1943
Franz Zapf, 19.10.1912-27.8.1943
Maria Zellnig, 1.9.1920-12.1.1945
Markus Zellnig, 11.4.1894-12.1.1945
Harry Zorn, 24.2.1919-10.1.1944



IM-MER ERINNERN in Maly Trostinec, Kaunas und Vilnius

Aliaksandr Daltouski



Zwischen den ausgetauschten Namenschildern in der Blagovschtschina die belarussischen StudentInnen, Mitglieder des Vereins IM-MER ERINNERN, in der Mitte der österreichische Botschafter.

Der Verein IM-MER ERINNERN gedenkt jener, die von den Nationalsozialisten aus der österreichischen Gesellschaft ausgeschlossen, deportiert und ermordet worden sind. Im September 2025 führte die 1. IM-MER ERINNERN Gedenkreise nach Litauen auch zum österreichischen Wald der Erinnerung in Maly Trostinec, Belarus.

Der 2010 gegründete Verein IM-MER ERINNERN hieß bis 2023 IM-MER Maly Trostinec ERINNERN, denn in den ersten Jahren galt das Gedenken vor allem den tausenden Shoa-Opfern, die wegen ihrer jüdischen Wurzeln 1941/1942 aus Wien nach Belarus deportiert und in Maly Trostinec (heute Teil der Hauptstadt Minsk) ermordet worden sind. Im Wäldchen Blagovschtschina, wo sie erschossen und ihre toten Körper verbrannt worden waren, haben wir ihnen bei unseren Gedenkreisen mit gelben Namenschildern symbolische Grabstätten errichtet. So ist bis 2019 mit jedem neuen Schild der „Österreichische Wald der Erinnerung“ gewachsen. Und jene Schilder, die von der Sonne ausgebleicht oder von Regen und Sturm beschädigt worden waren, waren von uns durch neue ersetzt worden. Dann hatten der Ausbruch der COVID-Pandemie und die politischen Umstände Reisen nach Belarus nicht mehr erlaubt. So waren alle Namensschilder der Witterung ausgesetzt geblieben, ohne erneuert werden zu können.

Aber im September 2025 brachte die IM-MER ERINNERN Gedenkreise nach Litauen auch einen „Ausflug“ nach Belarus. In dem Land, wo es bereits eine unzulässige Demonstration ist, wenn sich mehr als fünf Personen „gemeinsam“ im öffentlichen Raum aufhalten und wo die Farben der österreichischen Fahne Zeichen der verbotenen Opposition sind, machte es die Un-

terstützung des österreichischen Botschafters Dr. Ronald Sturm möglich, dass wir mit ihm und SprachstudentInnen aus Minsk alle unsere bereits ausgebleichten 464 wichtigen Zeichen des Gedenkens und der Trauer durch neue Namensschilder ersetzen konnten. Danach haben wir auch das „Massiv der Namen“ in Maly Trostinec besucht, das offizielle Gedenkzeichen der Republik Österreich, das auf die Initiative des Vereins IM-MER ERINNERN zurückgeht. Denn die Zivilgesellschaft kann zwar die Opfer individuell betrauern. Sie aber wieder zu einem Teil der Gesellschaft zu machen, aus der sie ausgeschlossen worden sind, das kann sie nicht. Dazu braucht es den Staat. Die Republik Österreich, die das „Massiv der Namen“ errichten ließ. Bestürzt haben wir vor Ort festgestellt, dass das Memorial nur sechs Jahre nach seiner Einweihung 2019 bereits stark renovierungsbedürftig ist. In Litauen haben wir jener 1.000 ÖsterreicherInnen - überwiegend Frauen und Kinder - gedacht, die wegen ihrer jüdischen Wurzeln am 23.11.1941 von den Nationalsozialisten aus Wien nach Kaunas (damals Kowno) deportiert und ermordet worden sind. In einer Trauerzeremonie im IX. Fort der Festung Kaunas haben wir ihre Namen und ihr Alter verlesen, eine wichtige, aber leider auch flüchtige Art des Erinnerns. Wir waren sehr betroffen, dass es in Kaunas kein beständigeres und vor allem offizielles Zeichen der Trauer der Republik Österreich gibt.

In Vilnius galt es, auch an die Täter aus Österreich zu erinnern (besonders an Franz Murer, den „Schlächter von Wilna“), aber auch Anton Schmid aus Wien-Brigittenau zu würdigen: Geboren 1900 war der Feldwebel im April 1942 wegen der Rettung von mehr als 300 Juden/Jüdinnen aus dem Wilnaer Ghetto zum Tode verurteilt und erschossen worden, und posthum zeichnete ihn Yad Vashem als ersten Soldat der Wehrmacht als „Gerechten unter den Völkern“ aus.

Ihm hat die Republik Österreich 2011 ein symbolisches Grab am Antakalnis-Friedhof errichtet. Allerdings war es schwierig, es auf dem Friedhof zu finden, da es kein Hinweis-Schild gibt. Wir haben sehr lange gesucht, bevor wir auf seinem „Grab“ unseren Blumengruß niederlegen und seiner gedenken konnten. Und hätten es begrüßt, hätten wir von seinen Taten dort mehr erfahren können.

So sind wir mit zwei Bitten an die Republik Österreich nach Österreich zurückgekehrt:

Um ein offizielles Gedenkzeichen für die 1.000 1941 ermordeten ÖsterreicherInnen in Kaunas und in Vilnius um einen Wegweiser zur Grabstätte von Anton Schmid und eine gut leserliche Informationstafel über ihn und sein Leben.

Noch haben wir von den Spitzen der Republik keine Antwort bekommen.

Waltraud Barton,

Gründerin Verein IM-MER ERINNERN ■

10 Jahre Rosa-Jochmann-Plakette

Der 25. Februar 2015 war ein historischer Tag für unsere Organisation: Im Rahmen einer Sitzung des Bundesvorstandes haben wir damals der Widerstandskämpferin und aktiven Antifaschistin Käthe Sasso als Erste die neu geschaffene Rosa-Jochmann-Plakette verliehen. In den vergangenen zehn Jahren haben 32 verdiente Frauen und Männer unsere Auszeichnung erhalten.

Das Regulativ besagt Folgendes:

„Mit der Schaffung der Rosa-Jochmann-Plakette im Jahr 2015 soll das Andenken an diese große Sozialistin wachgehalten werden.

Die Rosa-Jochmann-Plakette kann verliehen werden: An Personen, die nicht Mitglied der SPÖ sind, für besondere Verdienste im Kampf gegen Neofaschismus und Antisemitismus. In Ausnahmefällen kann diese auch an SPÖ-Mitglieder verliehen werden.

Anträge auf Verleihung können vom Präsidium des Bundesvorstandes, vom Plenum des Bundesvorstandes, von den Vorsitzenden der Landesverbände, aufgrund von Beschlüssen der einzelnen Landesverbände und Bezirksgruppen gestellt werden. Die Anträge sind vom Präsidium des Bundesvorstandes zu prüfen und vorzubereiten und mit einer Stellungnahme dem Bundesvorstand, der die letzte Entscheidung trifft, vorzulegen.

Die Beschlüsse erfolgen nur bei Anwesenheit von zwei Drittel der Mitglieder des Bundesvorstandes und müssen einstimmig gefasst werden.“

Als bisher letzte Person hat Daliah Hindler, Generalsekretärin des Vereins „Steine der Erinnerung an jüdische Opfer des Holocausts“ am 14. November 2025 im Wiener Rathaus die Rosa-Jochmann-Plakette verliehen bekommen. Der Verein setzt sich zum Ziel, der jüdischen Opfer des Holocausts zu gedenken und die Erinnerung an das jüdische Leben und an die jüdische Kultur vor dem Zweiten Weltkrieg wach zu halten. Der Verein hat seinen Sitz in Wien-Leopoldstadt, wo im November 2005 beginnend die „Straße der Erinnerung“ angelegt wurde. Projekte / Steine der Erinnerung in einer Reihe anderer Wiener Bezirke sollten folgen, dabei unterstützte der Verein. Die Motivation lautet „Wir geben den Ermordeten wieder einen Platz in ihrem Heimatbezirk. So sind sie und ihr Schicksal nicht vergessen.“ Oft gelingt dies gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung. Mit der Verleihung der Rosa-Jochmann-Plakette würdigt unser Bund Daliah Hindler als Person, posthum ihre Mutter Elisabeth, und auch ihren Verein mit all seinen MitarbeiterInnen und UnterstützerInnen.

Die Trägerinnen und Träger sind

2015: Käthe Sasso, Paula Billes, Winfried Garscha, Gerhard Kastelic, Hannah Lessing

2016: Waltraud Barton, Peter Gstettner, Regina Taupe, Christine Beyerknecht

2017: Erich Hackl, Helene Maimann, Doron Rabinovici, Reinhard Resch, Richard Wadani, Claudia Kuretsidis-Haider, Christian Ehetreiber, Friedrich Forsthuber

2019: Horst Schreiber, Heimo Halbrainer

2020: Wolfgang Schwarz, Erika Thurner, Albert Dlabaja

2021: Mathias Lauer, Andreas Pittler, Nadja Danglmaier

2022: Harald Walser, Hanno Loewy, Gisela Hormayr

2023: Peter Autengruber, Sonja Frank

2025: Herwig Hösele, Daliah Hindler

Gerald Netzl ■



Roswitha Hammer

Daliah Hindler (Mitte) und ihr Team bei der Überreichung der Rosa-Jochmann-Plakette durch Dominik Lang (l.) und Gerald Netzl (2. v. l.) am 14. November 2025.



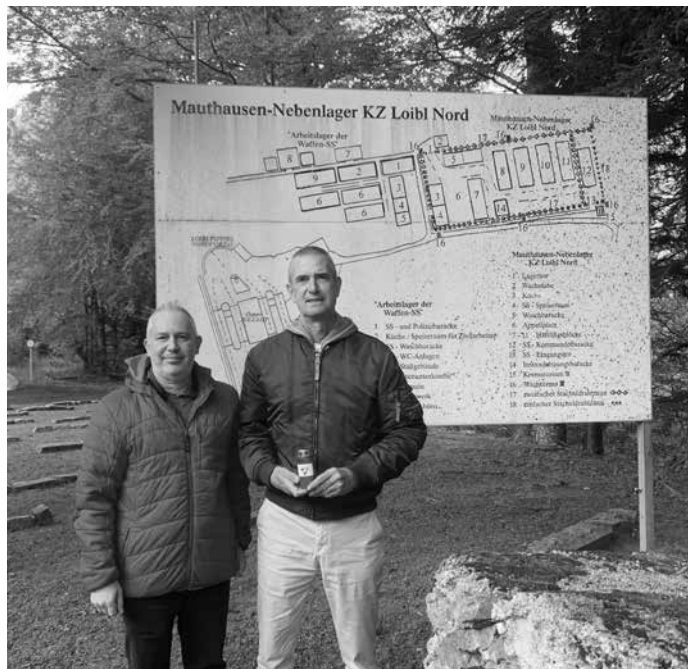
Mauthausen-Außenlager Loibl Nord

Von Kärnten und von der Steiermark aus besetzte die deutsche Wehrmacht im April 1941 zunächst Jugoslawien, danach Albanien und Griechenland. Um einen raschen und ungehinderten Nachschub an Truppen und Material ganzjährig sicherzustellen, erhielt der Kärntner Gauleiter Friedrich Rainer im Jahr 1942 von höchster Stelle aus Berlin die Genehmigung, einen ca. 1.500 Meter langen Tunnel an der Scheitelstrecke des Loiblpass errichten zu lassen. Die Errichtung der KZ-Außenlager Loibl Nord (heute in Österreich) und Loibl Süd (heute in Slowenien gelegen, damals vom Deutschen Reich annektiert) begann im Sommer bzw. Herbst 1943. In den folgenden zwei Jahren wurden in mehr als zehn Transporten aus dem Stammlager Mauthausen 1.800 Häftlinge zum Loibl gebracht. Die weitaus meisten waren Franzosen und Polen, viele stammten aus der Sowjetunion und Jugoslawien. Abgearbeitete und Kranke wurden nach Mauthausen zurück transportiert und in der Gaskammer ermordet. Die Geschichte rund um das KZ am Loibl ist zudem geprägt vom Widerstand der Partisaninnen und Partisanen, sowie der Solidarität unter den Häftlingen. 1995 errichtete das Mauthausen Komitee Kärnten/Koroška eine erste Gedenktafel am nördlichen Tunnelportal. Peter Gstettner war der Motor der Entstehung und Entfaltung der Erinnerungskultur. Jedes Jahr im Juni findet seither die vom MKÖ Kärnten/Koroška in Kooperation mit dem MKÖ veranstaltete Gedenk- und Befreiungsfeier statt.

Neuer Museumspavillon

Am 7. Oktober 2025 wurde das Projekt „Museumspavillon KZ-Gedenkstätte Loibl Nord“ von Landeshauptmann Peter Kaiser, VertreterInnen des Mauthausen Komitees Kärnten/Koroška, der Kelag, des kärnten.museum sowie der Bundesimmobiliengesellschaft und der KZ-Gedenkstätte Mauthausen präsentiert. Der neue Museumspavillon soll am Standort der ehemaligen Grenzpolizeiinspektion beim Nordportal des Loibltunnels entstehen - in unmittelbarer Nähe zum historischen Tatort des Lagers Loibl Nord. Ziel des Projekts ist es, die Geschichte dieses Ortes dauerhaft sichtbar zu machen, der Opfer zu gedenken und die historischen Ereignisse in ihrer europäischen Dimension verständlich zu vermitteln. Der geplante Pavillon wird als „begehbare Vitrine“ konzipiert - eine architektonisch prägnante, rund um die Uhr zugängliche Struktur, die sowohl zum stillen Gedenken als auch zur aktiven Auseinandersetzung mit der Geschichte einlädt.

Die Finanzierung des Projekts erfolgt durch eine Kooperation von Land, Museum und der „100 Jahre Kelag Gemeinnützige Privatstiftung“, die mit ihrer substanziellen Unterstützung ein starkes Zeichen für gesellschaftliche Verantwortung und eine lebendige Erinnerungskultur in Kärnten setzt.



Martin Gressl, Vorsitzender unseres Kärntner Landesverbandes, und Gerald Netzl bei der Gedenkstätte des Außenlagers Loibl Nord. Dort entsteht in den kommenden Monaten ein neuer Museumspavillon.

www.mauthausen-memorial.org / Gerald Netzl ■

Mitgliederversammlung Bezirk Gänserndorf

Am 11. September 2025 fand die Mitgliederversammlung der FreiheitskämpferInnen des Bezirks Gänserndorf in der SPÖ Bezirksorganisation in Gänserndorf statt. Die designierte Bezirksvorsitzende Jacqueline Stöger konnte 18 Mitglieder begrüßen, als Ehrengast nahm der Bundesvorsitzende der FreiheitskämpferInnen Gerald Netzl teil. Von 2021 bis 2025 konnte die Bezirksgruppe ihre Mitglieder von 29 auf erfreuliche 59 steigern. Außerdem gibt es regelmäßige Treffen, Workshops, Lesungen und gemeinsame Besuche von Gedenkstätten.



V. l. n. r.: Stefan Löw, Christine Klein, Jacqueline Stöger und Gerald Netzl.

Nach einem detaillierten Bericht über die letzten vier Jahre von Jacqueline Stöger hielt unser Bundesvorsitzender einen Vortrag über die Geschichte und Aufgaben des Bundes und spannte dabei einen Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart. Danach wurde der Vorstand einstimmig gewählt. Jacqueline Stöger aus Deutsch-Wagram übernimmt wieder den Vorsitz, der Deutsch-Wagramer Gemeinderat Andreas Koller die Schriftführung, Dr.in Christine Klein aus Kopfstetten die stellvertretende Schriftführung und Ulrike Groß aus Deutsch-Wagram die Finanzen. Zum Abschluss bedankte sich die Vorsitzende bei allen anwesenden Mitgliedern für die tatkräftige Unterstützung in den letzten Jahren.

125. Geburtstag von Anna Seghers

Es gab Zeiten, da war der Name Anna Seghers in der BRD jedem vertraut. Nicht zuletzt deshalb, weil es einen jahrelangen öffentlichen Streit gab, ob man Anna Seghers in Mainz zur Ehrenbürgerin ernennen dürfe oder nicht - eine Ehrung, zu der man sich erst 1981 durchringen konnte. Allein dieser Skandal im Umgang mit der wohl profiliertesten deutschsprachigen antifaschistischen Schriftstellerin führte dazu, dass ihre Werke, obwohl sie seit der Rückkehr aus dem mexikanischen Exil in der DDR gelebt hat, auch im Westen auf großes Interesse stießen.

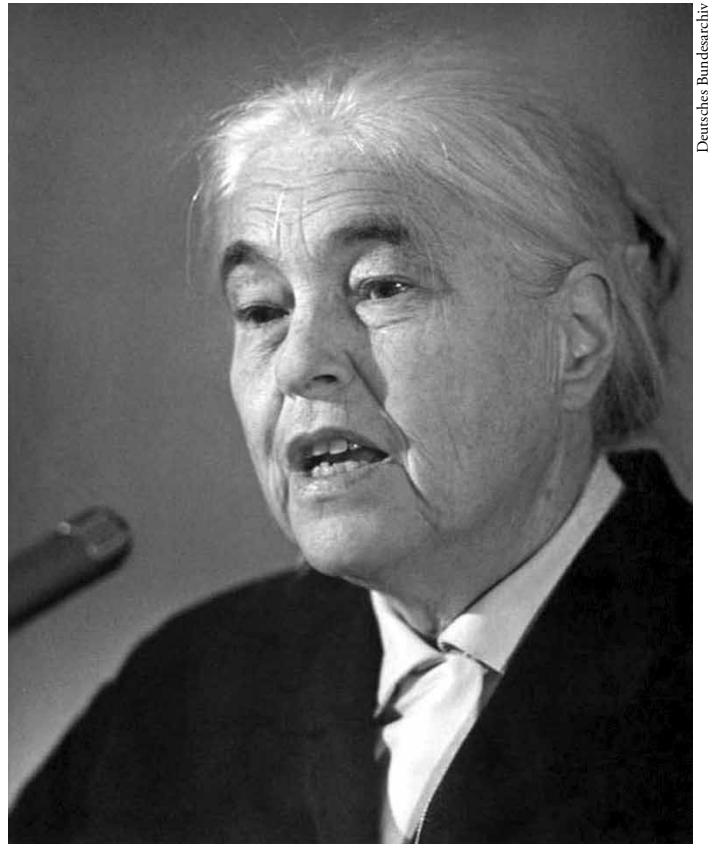
Geboren am 19. November 1900 als Annette Reiling in Mainz, studierte sie in Köln und Heidelberg, wo sie 1924 mit einer Dissertation über „Jude und Judentum im Werk Rembrandts“ promovierte. 1925 heiratete sie den ungarischen Soziologen László Radványi, mit dem sie zwei Kinder hatte. Schon 1924 wurde ihre erste Erzählung veröffentlicht. Dennoch hatte sie es als Schriftstellerin in der Weimarer Republik schwer, Anerkennung zu finden. 1928 erschien ihr erstes Buch „Der Aufstand der Fischer von St. Barbara“ unter dem Pseudonym Anna Seghers. Für ihr Erstlingswerk erhielt sie noch im selben Jahr den Kleist-Preis, die damals höchste literarische Auszeichnung. Als Begründung lobte die Jury ihre „kraftvolle, männliche Sprache“. Schon in der Weimarer Zeit gehörte sie dem Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller an, der der KPD nahestand, und engagierte sich gegen den Vormarsch der Nazis mit ihren literarischen Mitteln.

Wenige Wochen nach der Machtübertragung an die Nazis floh sie über die Schweiz ins französische Exil, wo sie in Paris Mitglied der Redaktion der „Neuen Deutschen Blätter“ wurde und 1935 eine der GründerInnen des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller. Die Bedingungen des Exils verarbeitet sie kongenial in dem 1944 veröffentlichten Roman „Transit“. Dieser Text, der eher eine Art von Fragmenten darstellt, wurde mehrfach filmisch adaptiert, zuletzt 2018 von Christian Petzold. Er lebt von der Atmosphäre der Stadt Marseille im damals noch unbesetzten Frankreich, wo Flüchtlinge mit der Hoffnung auf ein Transitvisum mit allerlei Menschen, die durch den faschistischen Krieg entwurzelt wurden, aufeinanderstießen. Es ist eine empathische und sensible Geschichte, deren Ausgang weniger wichtig ist als die hierin geschilderten Erfahrungen der Protagonisten.

Schon in ihrem wohl bekanntesten Roman „Das siebte Kreuz“, 1942 in den USA erschienen und bereits 1944 vom Oscar-Regisseur Fred Zinnemann verfilmt, schildert sie die Haltung und Gefühlslage im faschistischen Deutschland in den 1930er Jahren. Aus dem Lager Westhofen, für das das frühe KZ Osthofen das historische Vorbild lieferte, entflohen sieben politische Häftlinge. Der Kommandant ergreift alle Maßnahmen, um diese Häftlinge wieder zu fassen und auf dem Appellplatz - zur Abschreckung der Mithäftlinge - ans Kreuz zu binden. Sechs werden nach einiger Zeit gefasst, das siebte Kreuz bleibt leer, auch deshalb, weil es Menschen ganz unterschiedlicher politischer Überzeugung und gesellschaftlicher Stellung gab, die dem Flüchtenden geholfen haben. Damit drückte der Roman literarisch das aus, was im politischen Konzept der breiten antifaschistischen Volksfront mündete.

Eigentlich alle Texte von Anna Seghers beschäftigten sich mit dem Faschismus und seinen Auswirkungen auf das Handeln und Denken der Menschen. 1934 veröffentlichte sie in Prag die Erzählung „Der letzte Weg des Koloman Wallisch“, 1935 erschien in Paris der Roman „Der Weg durch den Februar“. Darin schildert sie den Kampf gegen den Austrofaschismus. Es ging darum, ob es einen Ausweg aus dem internationalen Vormarsch der faschistischen Kräfte geben könnte.

1941 gelang die Weiterflucht nach Mexiko, wo sie bis 1947 blieb. 1949 begann sie eine Trilogie zur deutschen Geschichte vom Ende des Ersten

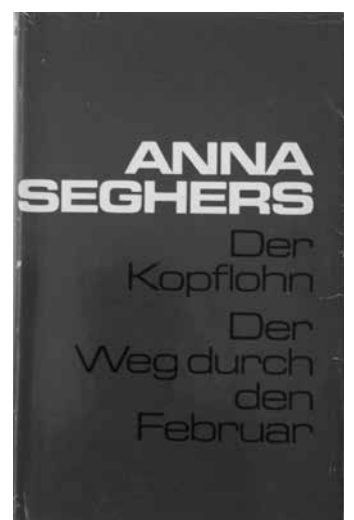
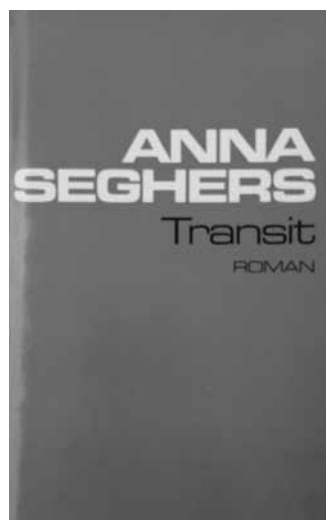


Deutsches Bundesarchiv

Die Schriftstellerin Anna Seghers, die Redaktion empfiehlt besonders „Das siebte Kreuz“.

Weltkriegs bis zur Gründungsphase der DDR („Die Toten bleiben jung“, „Die Entscheidung“ und „Das Vertrauen“). Sie war von 1952 bis 1978 Präsidentin des Schriftstellerverbandes der DDR. Sie starb am 1. Juni 1983 in Berlin/DDR.

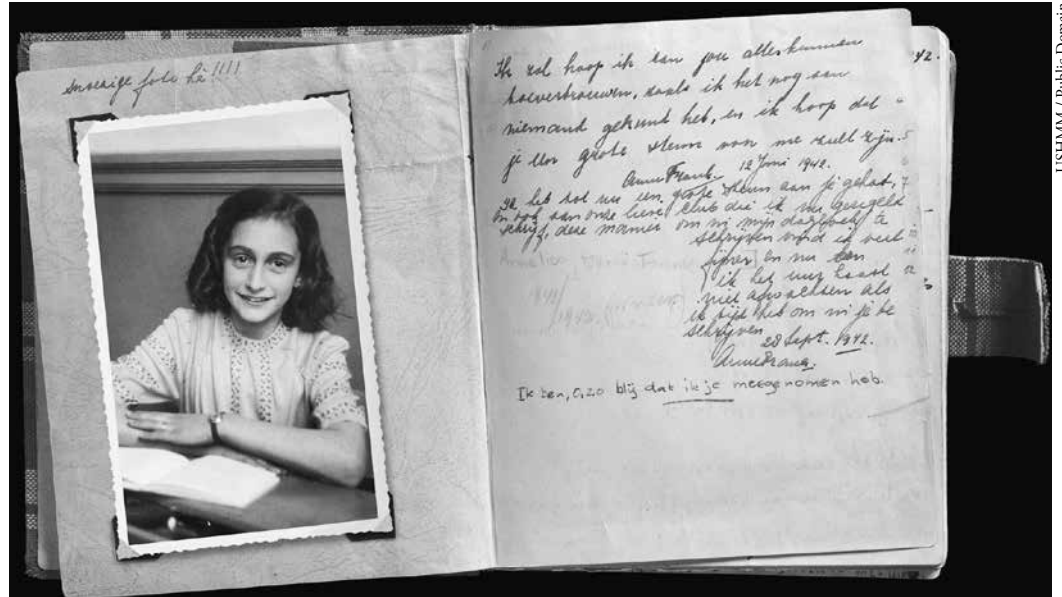
Maria Krüger ■



Widerstand gegen die Lüge

Rechtsextreme Verschwörungserzählungen verbinden tradierte Feindbilder mit zeitgenössischen Erzählmustern und fungieren als Mittel zur Rekrutierung, Legitimation und Vernetzung. Sie konstruieren ein Bild geheimer Machenschaften durch vermeintlich „elitäre“ Gruppen, Minderheiten oder internationale Organisationen, die angeblich die Gesellschaft unterwandern oder zerstören. Dabei vermischen sich demokratiefeindliche Schuldzuweisungen mit antisemitischen und völkischen Motiven, insbesondere in digitalen Gegenöffentlichkeiten und öffentlichen Diskursen, wo sie zunehmend normalisiert und mitunter gewaltfördernd wirken.

Solche Erzählmuster sind historisch tief in Österreich verankert. Bereits in den Zwischenkriegsjahren kursierten antisemitische Verschwörungstheorien, die im Nationalsozialismus zur Rechtfertigung rassistischer Politik dienten. Nach 1945 erschwerte die verbreitete „Opferthese“ eine kritische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Kontinuitäten. Gegenwärtige rechtsextreme Verschwörungsideologien greifen diese historischen Muster auf und adaptieren sie für aktuelle Themen. Die Vorstellung einer „jüdischen Finanzelite“, die globale Entwicklungen steuere, bleibt virulent. Der Mythos vom „großen Austausch“ behauptet, Migration sei Teil eines gezielten Plans zur Verdrängung der „einheimischen“ Bevölkerung. Während



Rechtsextreme scheuen sich nicht, das Tagebuch der Anne Frank als Fälschung darzustellen.

der Corona-Pandemie wurden Impfkampagnen und staatliche Maßnahmen als Ausdruck globaler Kontrollmechanismen diffamiert und oft mit antisemitischen und antidemokratischen Botschaften verbunden. Aber auch Genderpolitik wird regelmäßig als Angriff auf Familie und christliche Werte stilisiert.

Diese Erzählweisen verbreiten sich gezielt über Telegram, soziale Netzwerke und alternative Medien. Besonders perfide ist die Umdeutung historischer Opferfiguren wie Anne Frank: Ihr Tagebuch wird von rechtsextremen Akteur*innen als Fälschung dargestellt – eine

Strategie, die den Holocaust relativiert und die eigene Position als vermeintlich verfolgte Opposition inszeniert. Die Attraktivität solcher Theorien liegt in ihrer simplifizierenden Weltansicht, der Konstruktion klarer Feindbilder und dem emotional aufgeladenen „Wir gegen sie“-Deutungsmuster. Sie begünstigen Radikalisierung, untergraben demokratische Institutionen und legitimieren Gewalt. Ihre Verbreitung wird durch die Vernetzung mit rechtsextremen Gruppen und öffentlichen Unterstützer*innen verstärkt – und kann so in den gesellschaftlichen Mainstream vordringen.

Dem entgegenzuwirken erfordert faktenbasierte Aufklärung, kritische Medienkompetenz, transparente Kommunikation und systematisches Monitoring. Zivilgesellschaftliches Engagement, Bildungsarbeit und rechtliche Maßnahmen sind essenziell, um einer Normalisierung rechtsextremer Verschwörungsideologien entgegenzutreten. Denn diese sind keine harmlosen Gedankenspiele, sondern gezielte politische Instrumente zur Destabilisierung demokratischer Strukturen.

Arijana Šegalo ■

Straßenbahner im Widerstand

Die Wiener Straßenbahner galten in der Zwischenkriegszeit als eine der Speerspitzen der Sozialdemokratie. Es verwundert daher nicht, dass sich auf praktisch allen Bahnhöfen Schutzbundgruppen, sogenannte „Straßenbahndörner“, befanden. Insbesondere in Floridsdorf waren die Straßenbahner direkt in Kampfhandlungen des Februar 1934 verstrickt. Hier wurden auch zwei Straßenbahner von einem eilig einberufenen Standgericht zum Tode verurteilt, in letzter Minute aber begnadigt. Die Bezirksgruppe Liesing lud am 28. Oktober Gen. Walter Farthofer, Autor des Buches „Tramway Geschichte(n)“, ein über den Widerstand von Wiener Straßenbahnern 1934-1945 zu referieren. Im Buch hat er 550 Kurzbiografien erstellt, die nach 1934 entlassen oder verfolgt wurden. Die Unterdrückung und Bestrafung waren während der Nazi-Zeit brutaler und härter – trotzdem leisteten Straßenbahner Widerstand und bezahlten das mit ihrem Leben. 30 Personen hörten Gen. Farthofer zu, wir konnten an diesem Abend drei neue Mitglieder gewinnen.

Kira Binderlehner ■



Großes Interesse am Vortrag von Gen. Walter Farthofer über Straßenbahner im Widerstand gegen den grünen und den braunen Faschismus in Liesing.

Ins Rampenlicht

In der Sozialdemokratie wirkten nach 1945 zahlreiche Persönlichkeiten maßgeblich an der Entwicklung Österreichs mit, die nicht wie Bundespräsidenten, Bundeskanzler oder Parteivorsitzende hohe Prominenz erlangten. Eine Auswahl davon, die nicht nur das Parteileben wesentlich mitgeprägt haben, wird durch das im Herbst 2025 erschienene Buch „Ins Rampenlicht“ vor dem Vergessenwerden bewahrt. In dieser Zusammenschau von 26 politischen Biografien wird eine SPÖ in den Nachkriegsjahren sichtbar, die politische und personelle Kontinuitäten wie auch strategische und ideologische Brüche durchlebte, mit tiefen Weichenstellungen auf dem Weg zur organisatorischen Verbreiterung.

Die portraitierten Genossinnen und Genossen samt Titel zu den Beschreibungen sind:
Johann Böhm. Gewerkschafter und maßgeblicher Sozialpolitiker der Nachkriegsjahre.
Karl Czernetz. Sozialismus durch Schulung und Verstand. Parteitheoretiker und Europapolitiker.

Maria Emhart. Als Februarkämpferin in den Nationalrat: Pionierin in der Neuordnung Österreichs.

Hans Gastgeb. Ein Leben für den Arbeitersport.

Friedrich Hillegeist. Angestelltengewerkschafter und Pionier der allgemeinen Sozialversicherung.

Josef Hindels. Linkssozialistischer Mentor und Mahner vor den Gefahren von rechts.
Kreszentia Hölzl. Österreichs erste städtische Bürgermeisterin.

Rosa Jochmann. Die unermüdliche Mahnerin gegen Faschismus und Nationalsozialismus.

Benedikt Kautsky. Pragmatiker - Überlebender - Einzelgänger.

Ernst Koref. Linzer Bürgermeister 1945–1962.

Hans Lager. Von der Kärntner Provinz in das Herz der Sozialdemokratie.

Maria Matzner. Die Enttäuschungsresistente.

Alois Mentasti. Wegbereiter der Sozialdemokratie am Land.

Alfred Migsch. Ein Vollblutpolitiker mit Nuancen.

Wilhelmine Moik. Die unermüdliche Idealistin.

Rudolfine Muhr. Als glühende Revolutionärin ein Leben für den demokratischen Sozialismus.

Frieda Nödl. Kurierin des Widerstandes und unermüdlich beim Wiederaufbau der SPÖ.

Marianne und Oscar Pollak. Das Private ist politisch.

Gabriele Proft. Die moralische Autorität.

Karl R. Stadler. Sozialdemokrat, Erwachsenenbildner und Zeithistoriker.

Peter Strasser. Wortgewaltiger Fackelträger sozialdemokratischer Ideale.

Anton Tesarek. Gründer der Roten Falken.

Jakob Viehauser. Sozialdemokratischer Bürgermeister der ersten Stunde.

Franz Winterer. Visionärer Mitgestalter in Vorfeldorganisationen der SPÖ nach 1945.

Stefan Wirlandner. Früher Sozialist, Gewerkschafter und Verkünder des Austro-Keynesianismus.

Das AutorInnenkollektiv bildeten mehr als zwanzig Personen, genannt seien hier aus Platzgründen nur die verdienten Herausgeber Peter Autengruber, Wolfgang Greif und Alexander Neunherz. Die prägnanten Beiträge sind gut lesbar und geben ein Bild von den prekären Lebensumständen des Proletariats in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie den Kämpfen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften für eine Verbesserung des Lebens. Der Horizont wird erweitert, weil auch viele Vorfeldorganisationen und deren ProtagonistInnen vorgestellt werden (darunter ASKÖ, Naturfreunde, Volkshilfe, SPÖ Bauern, FreiheitskämpferInnen). Ein besonderes Augenmerk wird zu Recht den SPÖ Frauen gewidmet. Viele der Porträtierten hatten Haft im Austrofaschismus und / oder Nazifaschismus zu erleiden, einige überlebten nur weil ihnen die Flucht ins Exil gelang. Nicht zuletzt aus diesem Blickwinkel ist das Buch Pflichtliteratur für historisch interessierte Mitglieder unseres Bundes!

In dieser Rezension werden die - wenigen - aber doch schmerzenden Fehler im Text nicht verschwiegen: Auf Seite 107 steht: „Mit Hilfe der tschechoslowakischen Botschaft konnte (Otto, Erg.) Bauer nach Niederschlagung des Arbeiteraufstandes das Land verlassen und nach Brünn flüchten.“ Das ist falsch, denn Otto Bauer floh bereits am 13. Februar in die Tschechoslowakei (um sein Leben zu retten, Anm.), da waren die Kämpfe noch im Gang. Auf Seite 226 wird die SPÖ 1945 zur „Sozialdemokratischen Partei Österreichs“, der Name war aber „Sozialistische Partei Österreichs“. Der Fehler passiert auf Seite 272 in die umgekehrte Richtung: „1924 wurde auf Drängen der Sozialistischen Partei...“, aber es war die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“. Schließlich steht auf Seite 233 „Zentralorgan der KPÖ ‚Weg und Ziel‘“. Bis 1939 war „Die Rote Fahne“ das Zentralorgan der KPÖ, „Weg und Ziel“ war das Theorie- und Debattenorgan der KPÖ. Das Buch, dem eine Fortsetzung dringend gewünscht wird, knüpft an die drei Bücher von Alfred Magaziner „Die Wegbereiter“ (1975), „Die Vorkämpfer“ (1979) und „Die Bahnbrecher“ (1985) an, die jeweils an die vierzig Kurzportraits erhalten.



Auch diese drei Bücher seien historisch Interessierten ans Herz gelegt.

Gerald Netzl ■

Peter Autengruber, Wolfgang Greif, Alexander Neunherz (Hg.): Ins Rampenlicht. Persönlichkeiten der SPÖ zu Beginn der Zweiten Republik, Mandelbaum Verlag, Wien, 2025, ISBN 978-3-9913-6107-7, 296 Seiten, € 22,00



Barrierefreies erinnern

Ein kürzlich erschienenen Buch mit dem etwas unglücklichen Titel „National-Sozialismus in Österreich“ erklärt die NS-Zeit in Leichter Sprache („unglücklich“ deshalb, weil unsere Altvordenen das Wort „Nationalsozialismus“ bewusst vermieden und stattdessen „Hitler-Faschismus“, „Nazi-Faschismus“ oder „Nazismus“ verwendeten, „National-Sozialismus“ geht aus unserer Sicht gar nicht). Leichte Sprache ist eine speziell geregelte, sprachlich und inhaltlich vereinfachte Sprache und zielt dabei auf die besonders leichte Verständlichkeit. Es werden kurze Sätze verwendet. Jeder Satz enthält nur eine Aussage. Andere Schreibweisen in Leichter Sprache sind etwa „Haken-Kreuz“ oder „Anti-Semitismus“. Was bedeutet Entnazifizierung, was ist ein Pogrom und warum heißt es eigentlich Nationalsozialismus? Fragen, die nicht einfach zu beantworten sind, wenn man sich nicht schon einmal näher mit der NS-Zeit auseinandergesetzt hat. Noch komplizierter wird das umfangreiche Thema, wenn man ohnehin Probleme beim Verstehen von schwierigen Texten und Inhalten hat - etwa aufgrund einer Behinderung, bei Lernschwierigkeiten oder einer Leseschwäche.

Das Buch „National-Sozialismus in Österreich. In Leichter Sprache“ soll einen neuen Zugang zur schwierigen Thematik liefern, indem die komplexe NS-Zeit und die Rolle Österreichs in leicht verständlicher Sprache erzählt wird. Ziel des Buches ist, Barrieren zu überwinden und allen Menschen die Teilhabe an der Erinnerung zu ermöglichen. Das Buch hat acht Kapitel. 1.: National-Sozialismus, 2.: „Anschluss“, 3.: Verfolgung und Vernichtung, 4.: Menschen mit Behinderungen, 5. 2. Welt-Krieg, 6.: Widerstand, 7.: Befreiung, 8.: Erinnerung.

Schade, dass zwei gravierende Fehler passiert sind. So steht auf Seite 58 „Nazis töteten insgesamt: 70 Tausend Menschen mit Behinderungen in Österreich.“ Folgt man Wikipedia, dann wurden bis 1945 über 200.000

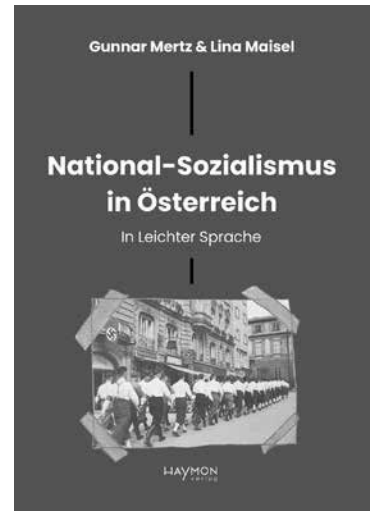
Menschen im gesamten Dritten Reich Opfer der Krankenmorde (70.000 im Rahmen der Aktion „T 4“). Seite 98/99: „Im November 1945 waren die ersten Wahlen. ... Das Ergebnis war: Leopold Figl von der ÖVP wurde Bundes-Kanzler. ... Die KPÖ war nicht mehr in der Regierung.“ Karl Altman von der KPÖ war allerdings bis zum 20. November 1947 Minister.

Gleich 75mal wird „jüdisch“ bzw. „jüdische“ im Text verwendet, das Wort „Widerstand“

kommt immerhin 44mal vor. Das Bemühen, ein Buch für Menschen mit Leseschwäche zu verfassen, ist anzuerkennen und zu würdigen. Aber Achtung: Das ist KEIN Kinderbuch.

Uneingeschränkte Zustimmung findet die kritische Aussage, dass „mitten in Wien eine Gedenkstätte fehlt“: nämlich jene für die Menschen mit Behinderung. Positiv ist, dass das Buch kostenlos heruntergeladen werden kann: <http://inklusive-erinnern.at/>

Gerald Netzl ■



Gunnar Mertz, Lina Maisel: National-Sozialismus in Österreich. In Leichter Sprache, Haymon, Innsbruck, 2025, ISBN 978-3-7099-8252-5, 143 Seiten, € 14,90

Der Schindler von Oberpullendorf

Im Burgenland wurde Europas erstes Denkmal in Würdigung eines Retters von Roma und Romnja eingeweiht. Die Zahl der Menschen, die in der Zeit der NS-Diktatur den Verfolgten Schutz und Hilfe gewährten, ist beschämend gering. Umso mehr gilt es heute, ihr selbstloses Handeln in Erinnerung zu halten. Das wohl prominenteste Beispiel ist der Unternehmer Oskar Schindler, der in seiner Krakauer Fabrik Hunderte jüdische ZwangsarbeiterInnen vor der Vernichtung bewahrte. Er ist ein weltweit geachteter „Gerechter unter den Völkern“. Sein Leben und die dramatische Rettungsaktion wurden durch den Film „Schindlers Liste“ einem Millionenpublikum bekannt.

Im burgenländischen Oberpullendorf (ung. Felsőpulya) wurde am 2. November eine Person geehrt, die mindestens 120 InsassInnen des nahegelegenen NS-Sammellagers Lackenbach vor dem Abtransport in den sicheren Tod bewahrte. Dabei handelte es sich ausnahmslos um burgenländische Roma und Romnja, die unter dem NS-Regime aufgrund rassistischer Kategorisierungen besonders brutaler Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt waren. Der ungarischstämmige Baron György Rohonczy ließ sich Männer, Frauen und Kinder aus dem Lager Lackenbach zuteilen - offiziell als dringend benötigte Arbeitskräfte für seine „kriegswichtige“ Landwirtschaft. In Wahrheit versorgte er die Schutzsuchenden mit dem Allernötigsten und verhalf vielen zur Flucht. Ehre seinem Angedenken!



Das Denkmal für György Rohonczy in der Hauptstraße 56 (vor dem Gebäude der Bezirkshauptmannschaft Oberpullendorf) wurde von der Roma Volkshochschule Burgenland und dem Lokalhistoriker und Musiker Alex Karazman initiiert.

Nick Winkovits

Ehrung für Irmtraut Karlsson

Irmtraut Karlsson war von 1987-1993 Mitglied des Bundesrats und von 1993-1999 Abgeordnete zum Nationalrat. Die engagierte Frauenpolitikerin (Generalsekretärin der Sozialistischen Fraueninternationale in London, SPÖ-Bundesfrauensekretärin) war Mitbegründerin des ersten Wiener Frauenhauses.

Nach Ende ihrer politischen Laufbahn engagierte sich Gin. Karlsson aktiv für das Gedenken der vom Nationalsozialismus vertriebenen, verschleppten und ermordeten Bürgerinnen und Bürger ihres Heimatbezirks Wien-Josefstadt. Der 2007 gegründete und von ihr maßgeblich geprägte Verein „Steine der Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes in der Josefstadt“ setzte Gedenksteine in der Tradition der deutschen Stolpersteine. Gemeinsam mit Manfred Kerry und Tina Walzer gab sie 2008 das Buch „...lebte in der Josefstadt. Steine der Erinnerung 1938-1945“ heraus. Gin. Karlsson erhält die Otto-Bauer-Plakette für ihre antifaschistische Überzeugung und ihr tatkräftiges Engagement. Die Verleihung erfolgte im Boxclub der Wiener Linien, Währinger Gürtel 40, wo in der NS-Zeit ein Zwangsarbeiterlager war. Der Verein Steine der Erinnerung Josefstadt wird ein Forschungsprojekts zur Geschichte der Stadtbahnbögen durchführen.



Gerald Netzl ■ Am 29. Oktober überreichte Gerald Netzl Irmtraut Karlsson die Otto-Bauer-Plakette.

Wir gratulieren: Oktober bis Dezember 2025

101: Brainin Hugo, Wien **100:** Röttig Bibiane, Strau **98:** Strobl Kurt, Wien **96:** Henriquez Lopez Jose, Loidolt Inge, Wien **94:** Slabina Herta, Wien **92:** Gatter Franz, Gablitz; Merschitzka Heinz, Linz; Praher Adelheid, St. Pölten; Springer Elisabeth, Franzin Verita, Wien **91:** Ungar Friedrich, St. Pölten; Witowetz Heinrich, Wien **90:** Benczak Stefan, Traiskirchen; Ludl Irmgard, Hofmann Edith, Wien **85:** Wieninger Nikolaus, Baden; Klein Günther, Eckartsau; Straßer Elfriede, Kirchstetten; Leidenfrost Ulrike, Krems/Donau; Lichtenecker Herta, Schwechat; Zucha Rudolf O., Villach; Votter Bernhard, Pfeifer Elisabeth, Schabmann Peter, Kramer Helmut, Brunner Gerd, Pleininger Margarete, Schwab Heidi, Wien **80:** Schöller Ulrike, Höflein; Hüttenberger Brigitte, Innsbruck; Hahn Georg, Neckenmarkt; Stadler Herbert, St. Pölten; Stacher Irene, Waldherr Bibiane, Böhm Paulette, Wien **75:** Holzer Richard, Gösing; Steinmayer Gerhard, Guntramsdorf; Frank Ernst, Klingenbach; Kulman Alexander, Oberpullendorf; Windpassinger Reinhard, Purgstall a.d. Erlauf; Urschitz Günther, Wölfnitz; Hagen Richard, Biedermann Robert, Loran Elisabeth, Becher Johann, Nentwich Vera, Albrecht Elfriede, Angermayer Christiane, Wien



Beitragsmarken 2025 und 2026



Unser Bund ist eine der Organisationen, die noch Mitgliedsbuch und Beitragsmarke verwenden. Manchen ist das lästig, andere finden es gut. Das Design der Beitragsmarke hat sich in den Jahren und Jahrzehnten kaum verändert. 2025 haben wir aus Anlass 80 Jahre Kriegsende und Befreiung vom Nationalsozialismus eine kleine Adaptierung vorgenommen. Auch die Beitragsmarke 2026 wird ein wenig anders aussehen: Mit dem Abzeichen der Internationalen Brigaden erinnern und würdigen wir den Kampf der Freiwilligen aus Österreich und der ganzen Welt gegen den Faschismus.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Werner Anzenberger, Waltraud Barton, Lilli Bauer, Werner T. Bauer, Anton Bergauer, Klaus Bergmaier, Kira Binderlehner, Paul Gangoly, Vinzenz Jobst, Maria Krüger, Dominik Lang, Gerald Netzl, Gerlinde Sauerschnig, Sabine Schatz, Arijana Šegalo, Jacqueline Stöger.

Grafische Gestaltung: Wien Work – Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13. November 2025

Hefftermine 2026

Die Redaktion bedankt sich bei allen AutorInnen, GastautorInnen, FotografInnen und unserem Lektor Gen. Klaus Bergmaier, die 2025 zum Gelingen unserer Zeitung beigetragen haben!

Die Redaktionsschlüsse 2026 sind:

Heft 1: 19. Februar 2026, Heft 2: 21. Mai 2026, Heft 3: 20. August 2026, Heft 4: 12. November 2026

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Redaktion FreiheitskämpferInnen

Lektorat: Klaus Bergmaier

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M